

Warum es der Liberalismus
in Deutschland so schwer hat

Spiegelfechtereien mit der Freiheit

Thomas Petersen

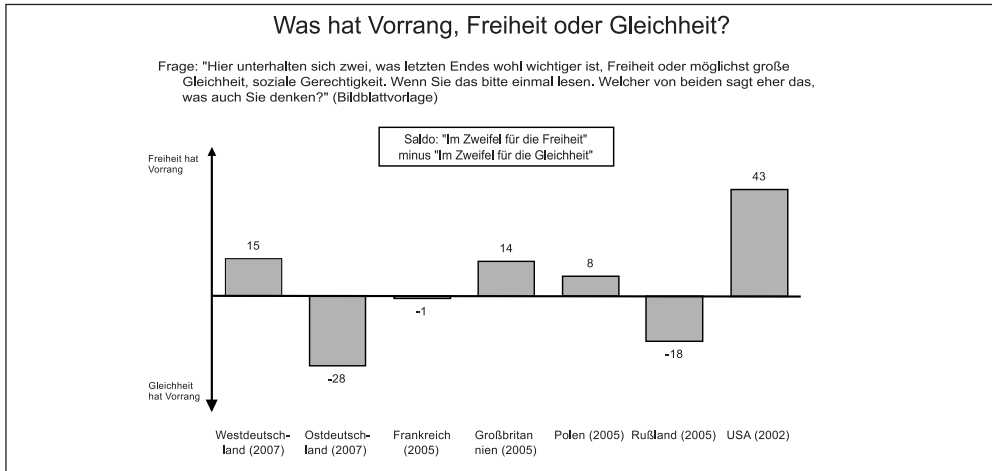
Als Oskar Lafontaine in diesem Sommer in einem Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* den Versuch unternahm, den Begriff Freiheit zu vereinnahmen und mit Inhalten aufzuladen, die das Gegenteil der ursprünglichen Bedeutung waren, stieß dies in der Öffentlichkeit auf bemerkenswert wenig Widerspruch. Dabei gibt es in der Geschichte der letzten Jahrzehnte eine ganze Reihe von Beispielen, die zeigen, welche politische Bedeutung solche Bedeutungsverschiebungen haben können. Das aktuellste Beispiel ist wahrscheinlich der Begriff „Neoliberalismus“. Die Vertreter der entsprechenden volkswirtschaftlichen Schule dürften sich die Augen reiben angesichts der Tatsache, dass es gelungen ist, ihnen ihren eigenen Namen aus den Händen zu reißen, seine Bedeutung bis zur Unkenntlichkeit zu verdrehen und in einen politischen Kampfbegriff zu verwandeln, der sich nun gegen sie wendet.

Nun also „Freiheit“. Man muss annehmen, dass den meisten Lesern nicht bewusst geworden ist, was für ein Zaubertrickstück ihnen da vorgeführt wurde: Anstelle „Freiheit statt Sozialismus“ müsse es heißen: „Freiheit durch Sozialismus“, so Lafontaine, denn nur durch umfassende soziale Sicherheit gewannen die Bürger Freiheit. Dass es sich dabei um eine – vorsichtig ausgedrückt – unkonventionelle Deutung des Begriffs handelte, schien niemandem aufzufallen. Das deutsche Wörterbuch der Brüder Grimm aus dem Jahr 1878 listet zehn verschiedene Bedeutungen von Freiheit auf, poli-

tische, gesellschaftliche, geografische. Doch auf den Gedanken, dass Freiheit eine durch staatliche Reglementierung gewährte finanzielle Sicherung sei, kam damals niemand.

Keine ausgeprägte Tradition

Warum ist es in Deutschland möglich, mit dem wichtigsten politischen Wert einer Demokratie unwidersprochen derartige Spiegelfechtereien zu betreiben? Einer der Gründe liegt wahrscheinlich darin, dass es in Deutschland, anders als in den angelsächsischen Ländern, keine ausgeprägt freiheitliche gesellschaftliche Tradition gibt. So haben etwa deutsche Philosophen alles in allem bemerkenswert wenig zum Thema Freiheit beigetragen. Ein gesellschaftliches Klima, das Denker wie John Locke oder David Hume hätte hervorbringen können, hat es in Deutschland, wenn überhaupt, nur in kurzen Phasen der Geschichte gegeben. Dagegen spielt das Konzept des fürsorglichen, ordnenden Staates in Deutschland traditionell eine starke Rolle. Es ist kein Zufall, dass die Wurzeln des Sozialstaatsgedankens ebenso in Deutschland liegen wie wesentliche gedankliche Quellen des Sozialismus. Wie schwierig das Verhältnis der Deutschen zum Wert der Freiheit ist, zeigen die Ergebnisse zweier Grundlagenstudien, die das Institut für Demoskopie Allensbach in den letzten Jahren mit Unterstützung der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung, der Berthold-Leibinger-Stiftung, der Stiftung Demoskopie Allensbach und der Robert-Bosch-Stif-



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10006, Juli 2007, IMAS-Umfrage 5029, Mai 2005, Internationale Wertestudie 2001/2002

tung hat verwirklichen können. Zwar bekennt sich, wie nicht anders zu erwarten, auf direkte Nachfrage die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung zum Wert der Freiheit – verstanden im Sinne von Freiheit des Einzelnen, über sein Leben selbst zu entscheiden –, doch solche Bekenntnisse bleiben an der Oberfläche. Wer ist schon pauschal gegen Freiheit? Entscheidend ist, welchen Stellenwert die Freiheit einnimmt, wenn sie in Konflikt mit anderen gesellschaftlichen Zielen gerät. Diese Situation wurde beispielsweise mit einer Dialogfrage simuliert. Dazu überreichten die Interviewer den Befragten ein Bildblatt, das zwei Personen im Schattenriss zeigte. Beiden war wie in einem Comic eine Sprechblase zugeordnet. Die erste Figur sagte: „Ich finde Freiheit und möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, eigentlich beide wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, wäre mir die persönliche Freiheit am wichtigsten, dass also jeder in Freiheit leben und sich ungehindert entfalten kann.“ Die Gegenposition lautete: „Sicher sind Freiheit und möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, fände ich eine möglichst große Gleichheit am wichtigsten, dass also

niemand benachteiligt ist und die sozialen Unterschiede nicht so groß sind.“ Die Frage zu dem Bildblatt lautete: „Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“ Heute antworten siebenundvierzig Prozent auf diese Frage, dass sie im Zweifel die Freiheit vorziehen würden, nicht viel weniger, vierzig Prozent, entscheiden sich für die Gleichheit. In den neuen Bundesländern ziehen achtundfünfzig Prozent der Bevölkerung die Gleichheit, nur dreißig Prozent die Freiheit vor. An diesen Zahlen hat sich im vergangenen Jahrzehnt bemerkenswert wenig geändert.

Das gesplante Verhältnis der Deutschen zur Freiheit zeigt sich auch in anderen Zusammenhängen, beispielsweise in einem ausgeprägten Bedürfnis der Befragten, außerordentlich viele gesellschaftliche Aufgaben als staatliche Aufgaben anzusehen und gleichzeitig eine große Vielfalt von staatlichen Verboten zu akzeptieren und intensive staatliche Kontrollen – teilweise bis in die Privatsphäre des Einzelnen hinein – zu befürworten. Selbst vom Grundgesetz garantierte elementare Grundrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung werden infrage gestellt, sobald der Eindruck entsteht, dass ihre Einschränkung der Verwirklichung

größerer Sicherheit oder größerer sozialer Gleichheit dienen könnte.

„Mentalitätsinsel“ Ostdeutschland

In einer international vergleichenden Befragung, die in Frankreich, Russland, Polen, Großbritannien und den Vereinigten Staaten durchgeführt wurde, zeigte sich deutlich das vergleichsweise niedrige Niveau der Akzeptanz der Freiheit in Deutschland, wobei ein charakteristisches Muster erkennbar wird: Die Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern in der Freiheitsorientierung sind oft deutlich größer als zwischen verschiedenen Ländern, wobei die ostdeutsche Bevölkerung ein Antwortverhalten zeigt, das dem der russischen Bevölkerung mehr ähnelt als dem der Westdeutschen, während umgekehrt Polen Antwortmuster aufweist, wie sie für die westeuropäischen Länder typisch sind. Ostdeutschland erweist sich so als eine Art „Mentalitätsinsel“. Erkennbar wird dies an den Antworten auf verschiedene Fragen, so beispielsweise auch bei der bereits oben beschriebenen, ob im Zweifelsfall die Freiheit oder die Gleichheit Vorrang haben sollte. Grob vereinfacht kann man sagen, dass Westdeutsche, Polen und Briten im Zweifel die Freiheit, Russen und Ostdeutsche die Gleichheit vorziehen. Es wird oft angenommen, dass das Festhalten weiter Teile der Bevölkerung in den neuen Bundesländern an vom Sozialismus geprägten Gesellschaftsidealen und Wertorientierungen eine logische Folge der Sozialisation in der DDR-Diktatur sei. Doch die Umfrageergebnisse aus Polen zeigen, dass ein Festhalten am sozialistisch geprägten Wertesystem (zumindest an der im Sozialismus geprägten Sicht auf den Wert der Freiheit) keine zwangsläufige Folge des politischen Umbruchs der Jahre 1989/1990 ist. Man gewinnt den Eindruck, als sei die polnische Gesellschaft mit der Transformation hin zu einer westlich ge-

prägten und damit am Wert der Freiheit orientierten Gesellschaft weiter fortgeschritten als die Gesellschaften in Ostdeutschland und Russland.

Es ist offensichtlich, dass der Sozialismus noch immer so viel Anziehungskraft auf viele Deutsche ausübt. Dabei entfernen sich die Erinnerung an die SED-Diktatur und die Grundeinstellung zum Sozialismus voneinander. Seit 1991 stellt das Allensbacher Institut regelmäßig die Frage „Halten Sie den Sozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde?“ Unmittelbar nach der deutschen Einheit stimmten dreißig Prozent der westdeutschen Bevölkerung der Aussage zu, fünfundvierzig Prozent wiesen diese These von sich. In den neuen Bundesländern überzog dagegen von Anfang an die Annahme, dass der Sozialismus als solcher eigentlich eine gute Idee und nur seine konkrete Umsetzung gescheitert sei. Inzwischen haben sich die Westdeutschen langsam, aber beharrlich dem ostdeutschen Meinungsbild angepasst. Heute sagen fünfundvierzig Prozent der Bürger in den alten Bundesländern, der Sozialismus sei eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt worden sei, nur noch siebenundzwanzig Prozent widersprechen. Angesichts dieser Entwicklung müssen Hinweise darauf, dass der Sozialismus in der DDR gescheitert sei, mehr und mehr ins Leere laufen. Die Gedanken, dass es auch das kollektivistische Grundprinzip gewesen sein könnte, das das sozialistische System zum Scheitern verurteilt hat, und dass es eine Annäherung bedeuten könnte zu glauben, der Staat könne das Leben der Menschen besser regeln als sie selbst, liegen den Menschen heute ferner denn je. Das Idealbild des Sozialismus hat das Ende der kommunistischen Diktaturen bemerkenswert unbeschadet überstanden. Das bedeutet auch, dass es in Zukunft eher schwerer als leichter werden wird, die Prinzipien der freiheitlichen Demokratie zu verteidigen.